

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 08. November 2010**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

8. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 16.56 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 7. Sitzung des Gemeinderates vom 27.09.2010 liegt zur
Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Silvia Huber

Gemeinderäte:

| | | |
|--------------------|----------------------------|---------------------|
| Manfred Hochhauser | Gertrude Aitzetmüller | Raimund Buttinger |
| Ernst Kirchmayr | Klaus Hoflehner | Mag. Bernhard Humer |
| Mag. Petra Lipp | Rupert Leitner | Brigitte Lindlbauer |
| | Johann Reindl-Schwaighofer | Barbara Wildfellner |

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Gemeinderäte:

| | | |
|------------------------------|-----------------------------|------------------|
| KommR. Willibald Baumgartner | Dipl.-Ing. Gunter Haydinger | Heribert Helm |
| Margarete Josseck-Herd | Mag. Günter Lehner | Dietmar Marehard |
| Mag. Georg Parzmayr | Christa Raggl-Mühlberger | Egon Schatzmann |
| Manfred Wiesinger | | |

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

| | | |
|--------------------|------------------|---------------------------|
| Dr. Peter Csar | Stefan Haböck | Herbert Pernkopf |
| Brigitte Wartinger | Markus Wiesinger | Augustine Zittmayr-Hacker |
| Walter Zaunmüller | | |

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

| | |
|--------------|-----------------------------|
| Andrea Bauer | Dipl.-Ing. Renate Leitinger |
|--------------|-----------------------------|

Vom Magistrat:

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.OAR. Johann Höpfl
Beate Wiesinger

Entschuldigt:

StR. Dr. Andreas Rabl (FPÖ)
GR. Hannelore Aigner (SPÖ)
GR. Prof. Mag. Walter Teubl (GRÜNE)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 02.11.2010 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates

Bgm. Dr. Koits: Wir haben heute die Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates durchzuführen.

Nach dem Verzicht von Frau Gemeinderätin Andrea Svoboda war deren Mandat im Gemeinderat neu zu besetzen. Nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung wurde Frau Diplom-Ingenieur Renate Leitinger in den Gemeinderat nachberufen, welche die Berufung angenommen hat. Das vorgereichte Ersatzmitglied Magister Michael Springer hat auf eine Nachberufung verzichtet.

Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben. Nach Paragraph 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

Ich darf sie daher ersuchen, sich von ihren Plätzen zu erheben und ich ersuche den Herrn Magistratsdirektor-Stellvertreter um Verlesung der Gelöbnisformel.

MD-Stv. Dr. Spitzer verliest die Gelöbnisformel gemäß § 10 Abs. 4 StW. 1992 idgF.

Dipl.- Ing. Leitinger leistet anschließend das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke und darf alle ersuchen, wieder Platz zu nehmen.

Frau Gemeinderätin, ich darf sie herzlich hier bei uns willkommen heißen.

So wie ich das üblicherweise bei allen Angelobungen mache, ersuche ich auch sie herzlich um ihre Mitarbeit im Interesse der Bevölkerung und der Stadt selbst. Viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben!

Mitteilung des Bürgermeisters

Bekanntgabe des neuen Vorsitzenden der ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

Bgm. Dr. Koits: Mit Schreiben vom 25.10.2010 hat die ÖVP-Gemeinderatsfraktion bekannt gegeben, dass nunmehr statt LAbg. Dr. Peter Csar Vorsitzender der Fraktion Herr Stadtrat Peter Lehner ist. Stellvertretender Vorsitzender ist weiterhin Herr Gemeinderat Markus Wiesinger.

Ich bitte um Kenntnisnahme, gratuliere dem neuen Fraktionsvorsitzenden Peter Lehner und wünsche ihm viel Glück bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Vor allem ersuche ich sie im Interesse der Bevölkerung und der Stadt, dass sie mit den anderen Fraktionsvorsitzenden in einem guten Einvernehmen verkehren.

Aktuelle Stunde und Dringlichkeitsanträge:

Bgm. Dr. Koits: Zur heutigen Sitzung gibt es weder einen Themenantrag auf Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ noch liegen irgendwelche Dringlichkeitsanträge vor.

Somit übergebe ich jetzt den Vorsitz an den Kollegen Hermann Wimmer, damit wir in die Tagesordnung eingehen können.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-287-2010

Bgm. Dr. Koits: Nach dem personellen Wechsel ist jetzt auch in den verschiedenen Gremien eine Nachbesetzung erforderlich. Die Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates stellt eine Fraktionswahl dar.

Da hierzu ein Amtsbericht (Anlage 1) auf allen Plätzen vorliegt, darf ich mir die Verlesung näherer Details ersparen und ersuche sie nur noch, den Wahlvorschlag (Anlage 2) anzunehmen.

Der Wahlvorschlag bezüglich Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates wird im Wege des Handerhebens durch die anwesenden zwei Mitglieder der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

einstimmig angenommen.

GR. Prof. Mag. Teubl (GRÜNE) ist bei der heutigen Sitzung nicht anwesend.

2.)

Wahl der Vorsitzenden-Stellvertreterin des
Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschusses
DI-Verf-296-2010

Bgm. Dr. Koits: Im Zuge der personellen Veränderung im Gemeinderat möchte die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion auch eine Änderung in der Funktion der Vorsitzenden-Stellvertreterin des Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschusses vornehmen.

Es soll hier laut Wahlvorschlag (Anlage 2) künftig die neue Gemeinderätin, Frau Dipl.-Ing. Renate Leitinger, die Funktion der Vorsitzenden-Stellvertreterin einnehmen.

Der Wahlvorschlag bezüglich Neubesetzung der Funktion der Vorsitzenden-Stellvertreterin des o.a. Ausschusses, lautend auf GR. Dipl.-Ing. Renate Leitinger, wird im Wege des Handerhebens durch die anwesenden zwei Mitglieder der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

einstimmig angenommen.

GR. Prof. Mag. Teubl (GRÜNE) ist bei der heutigen Sitzung nicht anwesend.

3.)

Vzbgm. a.D. Mag. Dr. Martin G. Stieger, Wels, Alois-Auer-Straße 15;
Verleihung des Ehrenringes der Stadt Wels
BdB-10-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 28.10.2010:

Herrn Vzbgm. a.D. Mag. Dr. Martin Stieger, geb. 29.12.1960, wohnhaft in Wels, Alois-Auer-Straße 15, wird in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Stadt Wels der Ehrenring der Stadt Wels verliehen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem ja Dr. Martin Stieger persönlich anwesend ist, darf ich ihm gleich sehr herzlich zu diesem einstimmigen Beschluss des Gemeinderates auf Verleihung des Ehrenringes gratulieren.

Die vorausgegangenen Ausführungen des Herrn Bürgermeister im Rahmen seiner Berichterstattung darf ich noch insofern ergänzen, als die Vorgangsweise im Bezug auf die Wirtschaftspartnerschaften zu diversen Städten im Ausland durchaus als wegweisend in der Politik der Stadt Wels bezeichnet werden darf und es sucht diese seinesgleichen in ganz Österreich.

Herzlichen Glückwunsch dir, lieber Martin, zu dieser Verleihung.
(Applaus!)

Bgm. Dr. Koits: Auch von meiner Seite darf ich die herzliche Gratulation aussprechen. Bei entsprechendem Anlass werden wir dann diesen Ehrenring sozusagen offiziell überreichen.

4.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit dem die Hallen-Tarifordnung 1999 neuerlich abgeändert wird
(5. Novelle zur Hallen-Tarifordnung 1999)
SF-HA-54-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 28.10.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 3 beigefügte 5. Novelle zur Hallen-Tarifordnung 1999 beschließen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die letzte Novelle zur Hallen-Tarifordnung stammt aus dem Jahr 2005. Daher ist es jetzt notwendig, eine sehr kräftige Erhöhung durchzuführen, weil der Verbraucherpreisindex seit dem 01.01.2006 – seither gelten die jetzigen Tarife – natürlich entsprechend angestiegen ist. Daher gibt es also für all jene, welche irgendeine dieser Hallen mieten wollen, eine schmerzhaft Erhöhung.

In Zeiten der Wirtschaftskrise ist es natürlich für jede Gebietskörperschaft interessant, sich weitere Einnahmenquellen zu erschließen, was hiermit getan wird.

Es wäre aber für die Zukunft sicher wichtig, zeitgerecht Indexanpassungen durchzuführen, damit solch krasse Schritte vermieden werden können. Es wird ja in näher Zukunft auch darum gehen, bei anderen Gebühren- und Tarifordnungen Erhöhungen durchzuführen und da wird man sich schon genau überlegen müssen, ob man den Bürgern in Wels derartige Schritte wirklich zumuten kann. Daher meine Bitte, dass man in Hinkunft solche Schritte auf Erhöhung von Gebühren und Tarifen vorausschauend durchführt und insbesondere die Auswirkungen berücksichtigt, speziell wenn ganz unmittelbar die Welser Bürgerinnen und Bürger betroffen sind.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

5.)

Energy Globe Award Austria 2010:
Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Energy Globe Foundation,
4801 Traunkirchen
SF-HA-3-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 28.10.2010:

Die Stadt Wels nimmt das Kooperationsangebot der Energy Globe Foundation, 4801 Traunkirchen, hinsichtlich Auftritt und Werbung der Stadt Wels im Rahmen des Energy Globe Award Austria 2010 mit einem Gegenwert von € 100.000,- exkl. USt. an und erteilt den diesbezüglichen Auftrag.

Vzbgm. Dr. Wieser: Wir hatten schon in den letzten Jahren immer wieder diese finanzielle Förderung im Gemeinderat und die FPÖ-Fraktion hat bislang nie dieser doch gewaltigen Unterstützung für eine Veranstaltung, die jährlich an einem Abend in Wels stattfindet, zugestimmt. Dies vor allem auch deswegen, weil in früheren Jahren der Umweltreferent – ich hatte ja schon früher die Ehre, diese Funktion auszuüben – ein Gesamtjahresbudget für die Auszahlung von Förderungsmitteln an den „kleinen Mann“ im Ausmaß von 65.000 Euro hatte. Es war somit eine starke Unverhältnismäßigkeit zwischen dem gegeben, was wir für ein ganzes Jahr an Fördermitteln hatten und dem, was für eine Veranstaltung ausgegeben wurde. Man muss sich vorstellen, dass dieser Betrag von 65.000 Euro für alle Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes zur Verfügung stand, also für die Förderung der Privaten beim Austausch von Fenstern, bei der Umstellung von Heizungsanlagen, bei der Installation von Fotovoltaikanlagen etc. Gott sei Dank haben letztlich aber doch meine jahrelangen Appelle an denn „eisernen“ Finanzreferenten auf Erhöhung dieser Förderungsmittel gefruchtet und das jetzige Budget in Höhe von 300.000 Euro ist mehr oder minder in Ordnung und es ist diese vorhin zitierte Unverhältnismäßigkeit nicht mehr im früheren Maß vorhanden.

Der Kollege Rabl hat im für die Vorberatung zuständigen Ausschuss den Vorschlag gemacht, in Zusammenhang mit dieser Veranstaltung auch das Welios, das im Frühjahr nächsten Jahres eröffnet wird, zu bewerben, das heißt, wenn schon Werbung gemacht wird, dann sollte auch ein eigenes Projekt der Stadt Wels zum Zug kommen. Es wurde gesagt, dass man sich in dieser Richtung bemühen werde.

Nachdem also neben der Erhöhung der Förderungsmittel im Umweltreferat auch diese Anregung bezüglich Welios aufgegriffen wird, haben sich gewisse Voraussetzungen geändert und wir werden zumindest diesmal diesem Antrag auf Gewährung von Förderungsmittel die Zustimmung geben.

GR. Haböck: Es freut mich die eben gehörte positive Wortmeldung zu diesem Thema, denn das Thema Energie ist ja eines der beherrschendsten in unserer Zeit, und zwar in allen Bandbreiten bzw. Facetten. Da geht es um Energiegewinnung, Energieknappheit, Energiesparen, neue Energieformen und ich denke, wir sind alle der gleichen Ansicht darin, dass Wels als Energiehauptstadt positioniert ist und noch verstärkt positioniert werden soll. Wir haben in Wels die Energiesparmesse und überdies tolle Unternehmen, die im Bereich der Energie forschen, Innovationen hervorbringen und Investitionen tätigen. Wels ist sozusagen technisch gerüstet und wir geben den in diesem Bereich tätigen Unternehmen mit der Energiesparmesse, die ja weit über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus bekannt und anerkannt ist, ein entsprechendes Forum. Zudem ist in Wels ein tolles Know-how beheimatet. Wir haben beispielsweise die Fachhochschule in Wels und sind insgesamt mit menschlichen Ressourcen und Kräften sehr gut aufgestellt.

Das alles hilft uns aber nichts, wenn nicht das Produkt „Energiehauptstadt“ dementsprechend vermarktet wird, und zwar in zweierlei Hinsicht. Einerseits muss das Produkt nach innen hin vermarktet werden, also in Wels selbst gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern, wobei ich einen sehr guten Weg sehe. Es gibt gewisse Anreize und die Energiesparmesse. Kleine Anreize finden sich etwa auch in der neuen Parkgebührenverordnung, wo für die Nutzung von Elektromobilen Anreize geschaffen wurden. Dann gibt es Investitionen im Wohn- und im Schulbereich, weil uns das Energiesparen ganz einfach sehr wichtig ist. Andererseits muss aber ein Produkt auch nach außen hin vermarktet werden, also in das Land und in den Bund hinein, genauso international. Und bei dieser Vermarktung nach außen bietet sich mit dem Energy Globe Award eine optimale Chance, die Stadt Wels zu präsentieren. Das Ganze ist auch insofern erfreulich, dass solch ein internationaler Preis nicht in der Bundeshauptstadt, auch nicht in der Landeshauptstadt, sondern in der Energiehauptstadt verliehen wird. Und diese Chance müssen wir nützen.

Das ist natürlich eine sehr große Investition – darüber sind wir uns alle im Klaren – aber sie ist doch eine sehr nützliche Investition, eine Investition in ein tolles Produkt mit hoher Qualität, hohen Standards und einer tollen Zukunft. Es geht hier um die Vermarktung des Produktes „Stadt Wels“.

GR. Manfred Wiesinger: Ich habe voriges Jahr bei Behandlung dieses Punktes massiv Kritik daran geübt, dass dieser Punkt in den vergangenen Jahren immer wieder mittels Vorausverfügung behandelt wurde, ohne dass es dafür irgendwelche besonderen Gründe gegeben hätte. Und so war es nicht schlecht, dass diesmal nicht mit einer Vorausverfügung vorgegangen wurde, denn in der Ausschlussdiskussion konnte, wie ich glaube, noch ein sehr guter Vorschlag unseres Fraktionsvorsitzenden Rabl eingebaut werden. Wie ich hörte, soll dieser Vorschlag tatsächlich noch umgesetzt werden.

Wie ich bereits im Ausschuss angemerkt habe, gibt es für mich schon einen Wermutstropfen, weil in Zeiten, in denen das Budget sehr eng ist, in denen Subventionen gekürzt werden, ist es mir nicht ganz verständlich, warum man nicht auch bei dieser Veranstaltung eine Kürzung ausverhandeln hätte können. Ich sage beispielsweise, dass man statt der 100.000 Euro eventuell eine Unterstützung im Ausmaß von 90.000 Euro ausverhandeln hätte können. Ich meine, das wäre insgesamt kein Schaden gewesen. Das Argument, dass man gerade in schlechten Zeiten in die Werbung investieren muss, ist zwar grundsätzlich richtig, zählt aber bei diesem Punkt nicht. Es wurde schon im Vorjahr bei diesem Punkt gesagt, dass man den Erfolg dieser Fördermaßnahme gar nicht so leicht bewerten kann, man also nicht so recht weiß, was wieder nach Wels retour kommt.

Und hätte man beispielsweise einen um 10.000 Euro geringeren Förderbetrag ausverhandeln können, wäre es bestimmt möglich gewesen, statt 120 Freikarten für Ehrengäste nur 60 Karten herzugeben. Vielleicht hätte man bei den Preisen, welche die Stadt hergibt, einen Preis weniger hergeben können. Vielleicht wäre es auch akzeptierbar gewesen, dass man als Stadt dort oder da nicht auftreten kann. Ich glaube, dass diese Einschränkungen wenig bis gar nicht geschadet hätten.

Auch die Präsentation auf der Web-Seite der Stadt Wels – ich habe mir die anderen ebenfalls angeschaut – läuft nach einem bestimmten Schema ab. Hätte man nur das Logo der Stadt Wels, wie es diverse Firmen tun, hingegeben, wäre es wahrscheinlich ebenso möglich gewesen, das Ganze etwas günstiger zu bekommen. Das Foto des

Herrn Bürgermeister und die paar kurzen Bemerkungen dahingehend, was die Stadt Wels im Energiesparbereich macht, wird wahrscheinlich keine zusätzliche Person nach Wels bringen.

Wie ich schon im Ausschuss anmerkte, sehe ich das Ganze noch aus einer anderen Sicht. Seien wir uns doch ehrlich – es ist von Ing. Neumann gekommen, dass er sich darüber freut, dass diese Veranstaltung in Wels stattfindet – aber falls wir diese 100.000 Euro nicht zahlten, würde das in Wels nicht stattfinden. Wenn ich mich an die Anfänge des Energy Globe Award erinnere, war es doch so, dass auch einmal, obwohl die Energiesparmesse in Wels stattfand, diese Verleihung anlässlich einer Veranstaltung im Linzer Design-Center durchgeführt wurde.

Ich meine somit, dass man diese Sache von verschiedenen Seiten sehen muss. Man sollte also nicht einfach die Werbeeffekte in den Vordergrund stellen, sondern man sollte auch überlegen, was diese Veranstaltung an Wertschöpfung bringt. Ich habe schon darum gebeten und meine, dass es wenigstens im nächsten Jahr besser wäre, Daten und Fakten in Richtung Wertschöpfung anzuführen und damit besser zu erklären, was eigentlich die Finanzierung in dieser Richtung ausmacht.

Insgesamt gesehen ist Folgendes zu sagen. Wenn trotz dieser 100.000 Euro weiterhin genügend Geld für die Förderung von Umweltmaßnahmen vorhanden ist, aber auch für andere Marketingmaßnahmen, die wirklich Leute nach Wels bringen, Geld bereit steht, dann soll es auch mit der Förderung dieser Veranstaltung in Ordnung sein.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es freut mich, dass die FPÖ heuer bei dieser Fördermaßnahme mitstimmt. Bislang war ja dieser wiederkehrende Tagesordnungspunkt schon immer der "Heuler des Jahres", nachdem immer wieder dagegengestimmt wurde.

Wenn man sich mit der Thematik auseinandersetzt, dann ziehe ich meinen Schluss insofern, dass wir diese Veranstaltung anlässlich der Verleihung des Awards deshalb in Wels haben, weil wir in den Augen der Öffentlichkeit schon die Energiehauptstadt Österreichs sind. Und ich denke mir, das ist der eigentliche Zugang zu dieser Sache. Darum teile ich die Meinung mit Gemeinderat Haböck, und zwar dahingehend, dass wir schon irrsinnig viele Assets in dieser Stadt haben, die in diese Richtung arbeiten. Wir sind im Bereich der „Agenda 21“ gut unterwegs, wir sind mit dem Welios gut unterwegs und ich denke mir, dass die Situation, dass diese Veranstaltung zur Verleihung des Energy Awards in Wels stattfindet, im Wesentlichen auch Anerkennung für die gute Politik ist, die bei uns in diesem Bereich gemacht wird.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich beim Bürgermeister bedanken, weil ich glaube, dass er der Motor dieser Politik ist.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

6.)

Integration;
Evaluierung des Maßnahmenkataloges (Maßnahmenkatalog 2010)
DI-I-001-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 28.10.2010:

1. Der als Anlage 4 beigefügte evaluierte Maßnahmenkatalog versteht sich als Grundlage für die weitere Arbeit, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.
2. Über den Stand der Projekte und Umsetzungsmaßnahmen gibt es einen jährlichen Bericht an alle Fraktionen. Dieser wird jeweils zu Jahresbeginn vorgelegt.

Bgm. Dr. Koits geht zuerst kurz auf den allen Anwesenden vorliegenden Amtsbericht ein und führt sodann Folgendes aus.

Es ist mir schon bewusst, dass aufgrund der abgeführten Diskussionen nicht alles berücksichtigt werden konnte. Ich sage ganz bewusst, dass das weder ein SPÖ- oder ein ÖVP-Papier ist noch eines der GRÜNEN, auch nicht eines der FPÖ. Was heute als Maßnahmenkatalog vorliegt, ist vielmehr das Ergebnis der gemeinsamen Zusammenarbeit im Präsidial- und Integrationsausschuss bzw. im eingesetzten Unterausschuss, wie ich ihn bezeichnen darf. Es war zum ersten Mal in der Stadt, dass von einem Ausschuss ein Unterausschuss gebildet wurde. Wir haben eben gesehen, dass in der Materie eine gesellschaftspolitische Funktion nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen enthalten ist. Und deshalb war es unsere Verpflichtung, sich mit dieser Thematik bis ins kleinste Detail auseinanderzusetzen. Dieser Unterausschuss, der von allen vier Fraktionen besetzt war, hat sechs Mal getagt und alle eingebrachten Vorschläge – so geht es jedenfalls aus dem Papier hervor, das ich erhalten habe – wurden genau diskutiert. Es wurde das Für und Wider genau abgewogen. Letztendlich wurde versucht, einen gemeinsamen Nenner zu finden.

In vielen Punkten gab es Übereinstimmung, in vielen Punkten nicht. Vor allem hat die FPÖ immer wieder Bedenken gegenüber bestimmten Positionen vorgebracht, die allerdings in diesem Unterausschuss keine Mehrheit fanden.

Anerkannt wurde allseits, dass die gemeinsame Sprache Grundbedingung für viele, viele Bereiche im städtischen Zusammenleben ist. Gerade hier muss noch vieles unternommen werden, um das Erlernen der deutschen Sprache möglichst frühzeitig und in einem qualitativ entsprechenden Maß zu erreichen.

Zu den einzelnen Kapiteln hat es breite Diskussionen gegeben, etwa zu „Arbeit und Wirtschaft“, Öffentlichkeitsarbeit, Gesundheit, Kultur oder auch zum Thema Freizeit. Überall wurden aber Ziele herausgearbeitet und mit Einzelmaßnahmen weiter ausformuliert. So entstand letztlich ein Werk, das nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann – das ist selbstverständlich nicht möglich, weil alles seine Zeit braucht – sondern mit dem man vielmehr gut arbeiten kann, wie ich denke. Dieses Werk soll eben heute beschlossen werden, das in Zukunft zusammen mit allen Beteiligten umzusetzen

ist. Und es ist dazu jedes Jahr dem Gemeinderat ein entsprechender Bericht vorzulegen, der auch diskutiert werden soll. Es soll geprüft werden, ob wir unsere Ziele erreicht haben, ja oder nein.

Ich sage ganz bewusst, dass Integration keine Einbahn darstellt. Hier gehören mehrere dazu. Da gehören jene dazu, die in unser Land kommen, um hier zu arbeiten, zu leben, zu wohnen, aber auch wir gehören dazu. Der gegenseitige Respekt, die gegenseitige Anerkennung sind Grundvoraussetzung, wenn es funktionieren soll. Vor allem aber ist Grundvoraussetzung, dass unser Regelwerk – damit meine ich die Gesetze usw. – neben den Rechten auch Pflichten vorsieht. Mir liegt auch immer daran, dass die gesellschaftlichen Umgangsformen angenommen werden.

Es gibt auch zwei Bereiche, die außerhalb dieses Kataloges stehen, die uns aber auch in Wels in der jüngsten Vergangenheit enorm beschäftigen. Da geht es um das Bleiberecht, über das gerade in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit heftig diskutiert wurde. Für mich bedeutet dies als Sucus, dass der Bund aufgefordert ist, ein entsprechendes Integrationskonzept vorzulegen, das durchgängig bis hin zu den Gemeinden ist. Und die Asylgesetzgebung ist so abzufassen, dass es nicht möglich ist, dass es bis zu endgültigen Entscheidungen bis zu zehn Jahre dauern kann. Das ist für niemanden zumutbar, egal um wen es sich handelt und egal, woher jemand kommt. Es sind also die Voraussetzungen so zu gestalten, dass innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes – hier denke ich an längstens ein bis zwei Jahre – eine endgültige Entscheidung möglich ist. Damit weiß der Betroffene relativ schnell, woran er letztendlich ist. Derzeit haben wir es ja immer wieder mit Fällen auch in der Öffentlichkeit zu tun, wo Menschen schon 8, 9 oder sogar 10 Jahre in Österreich sind und wo vor allem die Kinder einen derart hohen Integrationsgrad aufweisen, dass es menschlich oder menschenrechtsmäßig einfach nicht in Ordnung wäre, würde man diese Personen wieder zurückschicken. Damit meine ich jetzt aber nur diese langjährigen Fälle und meine, dass endlich einmal ein Schlussstrich unter diese Fälle gezogen werden sollte. Und ich spreche hier nicht davon, dass eine Amnestie erfolgen sollte, denn diese Menschen oder diese Personengruppe hat ja nichts angestellt; sie mussten halt derart lange auf eine Entscheidung warten bzw. gibt es diese in verschiedenen Fällen noch immer nicht. Ich glaube, der Bund würde wirklich gut daran tun, würde er hier entsprechende Grundlagen schaffen.

Ansonsten bedanke ich mich bei den Damen und Herren des Präsidial- und Integrationsausschusses für die sehr gute Zusammenarbeit bei diesem Thema. Vor allem bedanke ich mich bei jenen, die auch noch im Unterausschuss gearbeitet haben und die mühsam versuchten, eine gemeinsame Linie zu finden. Ich danke nochmals und gehen wir jetzt gemeinsam daran, diesen Maßnahmenkatalog umzusetzen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Wenn jetzt im letzten Teil seiner Ausführungen der Herr Bürgermeister die Asylpolitik in Österreich ansprach und aufbegehrte gegen Gesetze, die seine eigene Partei im Parlament beschlossen hat, dann stellt das doch ein bisschen ein Eingeständnis in der Richtung dar, dass man in der Vergangenheit nicht allzu gut gewerkt hat.

Ganz verstehen kann ich sie aber nicht, wenn sie etwa die Problematik in Zusammenhang mit Abschiebungen etc. mit einer Veranstaltung verbinden, die morgen wieder – so wie jedes Jahr – stattfindet und zu der sie, Herr Bürgermeister, offenbar persönlich, nicht namens der Stadt Wels – es steht zwar die Stadt Wels da, aber ich kann mich an keinen gemeinsamen Beschluss erinnern – zusammen mit dem Welser antifaschis-

tischem Verein eingeladen haben. Dies zum Gedenken an eine fürchterliche Zeit mit Judenverfolgung und -vernichtung. Und mit einem solchen Thema die Abschiebung von Asylanten zu verbinden, die offenbar schon jahrelang einen Bescheid in Händen hielten, mit dem sie aufgefordert wurden, das Land wieder zu verlassen, dann halte ich das für eine kühne Verbindung von historischen und zeitlichen Geschehnissen, die nicht unbedingt am Platz ist.

Man muss sich damit zusammenhängend vorstellen – das weiß man ja – dass diese jahrelangen Aufenthalte in Österreich deshalb stattfinden, weil diese Leute, wo immer sie herkommen, von Organisationen einen Rechtsbeistand erhalten und gegen jedes Hakerl oder sonst etwas in einem Bescheid, den sie erhalten, Berufung einbringen. Das führt halt dann dazu, dass immer wieder neue Sachverhalte, neue Behauptungen überprüft werden müssen. Angeblich ist es ja mit der hohen Zahl unerledigter Fälle schon besser geworden bzw. wurde schon vieles abgearbeitet, aber vielfach sind die Leute, die letztlich abgeschoben werden, selbst daran schuld, dass sie so lange dageblieben sind und sie nehmen bei diesen jahrelangen Verfahren auch in Kauf, dass ihre Kinder, die bereits Schulen besuchen, eigentlich schon integriert sind.

Was mir aber völlig unverständlich ist und was mit einem humanen Bleiberecht überhaupt nicht in Verbindung gebracht werden kann, ist, dass sie bei dieser Veranstaltung, von der ich vorhin sprach, dazu auffordern, Kinder nicht abzuschicken. Das heißt also: Sie schieben zwar die Eltern ab, die Kinder müssen aber in Österreich bleiben. Es ist doch direkt zynisch, wenn sie dies als humanitäres Bleiberecht bezeichnen. Da sind die Kinder in Österreich und die Eltern werden irgendwo hin, nach Albanien beispielsweise, abgeschoben. Dies eben deshalb, weil man Kinder nicht abschieben dürfte, so wie sie das morgen bei Ihrer Demonstration zum Ausdruck bringen werden.

Zwischenruf Bgm. Dr. Koits: Der weiß schon heute, was ich morgen sagen werde! Das ist doch interessant!

Vzbgm. Dr. Wieser: Zu dem, was wir heute beschließen sollen, nämlich die Evaluierung des Maßnahmenkataloges, haben wir ja schon im Vorfeld, im Unterausschuss und im Präsidial- und Integrationsausschuss zum Ausdruck gebracht, dass wir diesem Papier nicht unsere Zustimmung erteilen. Wenn wir uns das genauer anschauen, stellen wir fest, dass das nichts weiter als die Umgestaltung eines Konzeptes ist, das die SPÖ schon vor einiger Zeit entworfen hat. Die Handschrift des Herrn Reindl-Schwaighofer ist ja unverkennbar, aber dass bei diesem Papier, das jetzt verteilt wird, auch der Fraktionsvorsitzende Hermann Wimmer aufscheint, das hat mich schon etwas überrascht, nachdem sie, Herr Bürgermeister, derjenige sind, der in Wels von Amts wegen für die Integration zuständig ist. Jedenfalls findet sich in diesem SPÖ-Papier alles so wie hier im Maßnahmenkatalog, beispielsweise in Bezug auf das Zusammenleben verschiedener Kulturkreise. Mit einem Wort – ich kann das jetzt abkürzen – sie träumen immer noch in ihrer Sozialromantik von einer multikulturellen Gesellschaft in Österreich, obwohl schon längst bewiesen ist, dass das Ganze so nicht passiert. Und es haben bereits einige bedeutende Politiker von außerhalb Österreichs dieses Projekt bezüglich Entstehen der multikulturellen Gesellschaft für tot erklärt. Sie meinen aber immer wieder, dass dieser Zustand sehr wohl hergestellt werden kann und das findet sich eben wiederholt bei verschiedenen Formulierungen.

Es waren sozusagen Kleinigkeiten, die von uns übernommen wurden. Ich kann das auch anführen. Zuerst darf ich aber feststellen, dass unser Integrationskonzept das

erste war, Herr Bürgermeister, das dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlag. Es standen sehr viele schlaue Dinge drinnen, sie haben dieses Konzept allerdings nicht akzeptiert, das unter dem Titel „Fordern und fördern“ stand. Das ist heute in der ganzen Integrationspolitik ein Schlagwort geworden, aber selbst das lehnten sie damals ab, weil ja sowieso alles, was von unserer Seite in dieser Richtung kommt, von der SPÖ und natürlich genauso von deren Koalitionspartnern, der ÖVP und den GRÜNEN, abgelehnt wird.

Wir haben schon vor etlichen Jahren verlangt, dass Vereine aller Art – nicht nur jene mit Ballspielsarten, sondern beispielsweise auch Kulturvereine – die sich nachweislich und intensiv mit Integration beschäftigen, besser finanziell unterstützt werden sollten. Vielleicht könnte man sogar einen jährlich zur Verleihung kommenden Integrationspreis aussetzen. Intentionen in dieser Richtung sollte man also unterstützen. Wir haben dies bereits im Jahr 2007 gefordert und was passierte? Drei Jahre später wurde dieses Thema vom Präsidial- und Integrationsausschuss an den Sportausschuss, an Herrn Wimmer übertragen. Drei Jahre hat es bis zu diesem Schritt gedauert!

Dass in dem heute vorliegenden Papier auch einmal die Wichtigkeit der Kenntnis der deutschen Sprache dokumentiert ist, das ist ebenfalls ein Fortschritt, denn in vergangenen Zeiten der Integrationspolitik wollte man nicht einmal davon etwas wissen. Es hat Zeiten gegeben, in denen es direkt anstößig war, zu sagen, dass die Leute Deutsch lernen sollten. Ich weiß noch, dass wir vor etwa zehn Jahren etwas in dieser Richtung verlangten und da erhielt ich dann von jedem Welser Schuldirektor einen Brief des Inhalts, dass es doch wirklich ganz schlimm sei, etwas in dieser Richtung zu verlangen. Die Wichtigkeit des Deutschlernens wurde aber offenbar in der Zwischenzeit erkannt und das ist doch schon ein Fortschritt.

Ein absoluter Nichtfortschritt in dieser ganzen Sache ist Folgender. Obwohl ganz Europa über Maßnahmen gegen Integrationsverweigerer spricht und sich Gedanken darüber macht, wie man dem beikommen könnte bzw. was man denn mit jenen Eltern tun soll, die ihre Kinder nicht in die Schule schicken und sich weigern, Kurse zu besuchen, scheint das bei uns kein größeres Problem zu sein. Da hätte man doch ansetzen und sich überlegen können, welche Sanktionen die Stadt Wels setzen könnte, eventuell auch der Bund, wenn man hier nicht zu Rande kommt.

Was einem immer wieder aufstößt, wenn man so ihre Positionen im Bereich der Integration liest, ist der Umstand, mit welcher Vehemenz sie darauf bestehen und dies immer weiter ausbauen wollen, nämlich die Mehrsprachigkeit von Publikationen. „Wohin nach der Volksschule?“, das bekommt man in Türkisch, Slawisch usw. „Wohin nach der Hauptschule?“, auch das gibt es in diversen Sprachen. Dann gibt es natürlich diverse Informationsblätter im Bereich der Öffentlichkeit, mehrsprachige Sozialratgeber, Informationen zur Bedeutung des Hausarztes etc. Sie wollen also all jenen, die nach Österreich hereinkommen, vielleicht als Asylanten, mit allen möglichen Schriften, Publikationen, in der jeweiligen Landessprache begegnen und verhindern somit die Notwendigkeit, dass jene Menschen, die zu uns hereinkommen und hier Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit finden, auch Deutsch lernen. Sie präsentieren ihnen vielmehr alles in der eigenen Muttersprache, so wie beispielsweise die Arbeiterkammer diverse Dinge in türkischer Sprache publiziert und vielleicht auch noch in anderen Sprachen.

Das alles ist aber nicht dazu geeignet, die Dinge in Wels vorwärts zu bringen, denn in Wahrheit fördern sie damit eher die Ghettoisierung dieser Gruppen. Wenn diese

Menschen untereinander mit ihrer von zu Hause gewohnten Sprache auskommen, dann fällt ja irgendwo die Notwendigkeit weg, sich zu integrieren, weil man ja eh eigentlich alles hat und in einer ghettoisierten Wohngegend zu Hause ist.

In diesen Bereichen sagt eigentlich dieses Papier überhaupt nichts aus. Ich hatte die Gelegenheit, mit Herrn Reindl-Schwaighofer darüber zu sprechen und erfahren, dass die SPÖ nach wie vor darauf besteht, dass die sogenannten muttersprachlichen Stützkräfte verstärkt eingesetzt werden. Man muss sich aber vorstellen, dass hier in Wels ca. 100 Nationen beheimatet sind und da kann man sich wohl auch vorstellen, wie viel Sprachen hier gebraucht oder angewandt werden. Und angesichts dieser Vielfalt frage ich sie, wie sie sich das eigentlich vorstellen, im Kindergarten, in der Volksschule und vielleicht auch noch in der Hauptschule all diesen Kindern aus den vielen Ländern muttersprachliche Stützkräfte beizustellen. In der ersten Integrationsstudie aus 2008, die von der Stadt Wels in Auftrag gegeben wurde, nimmt man Bezug auf eine Publikation des Landes Oberösterreich, wo sich bestimmte Leute grundsätzlich mit dem Begriff „Integration“ beschäftigen. Da findet sich auf Seite 36 ein gewisser Herr Professor Heinz Fassmann, der sich wiederum auf den Herrn Professor Dr. Hartmut Esser bezieht, der einer der bedeutendsten Soziologen Deutschlands ist und der sich seit vielen Jahren ganz besonders mit Integration beschäftigt. Er hat sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob denn eine möglichst perfekte Kenntnis der eigenen Muttersprache die Basis für den Erwerb einer Zweitsprache ist. Nachdem Herr Professor Esser in Deutschland besonders anerkannt ist, darf ich ihnen darlegen, welche Erkenntnisse er gewonnen hat, die noch dazu wissenschaftlich fundiert sein dürften, aber andererseits in ihrem politischen oder ideologischen Bereich entweder nicht zur Kenntnis genommen werden oder aus irgendwelchen nicht verständlichen Gründen abgelehnt werden.

Dr. Esser schreibt also Folgendes und ich werde das kurz zitieren, weil es für unsere zukünftige Debatte wichtig ist: „Die Bilingualität“ – also die Zweisprachigkeit – „hat auf den Bildungserfolg der Migrantenkinder keinen erkennbaren Einfluss. Alles, was zählt, ist der zweite Spracherwerb und zusätzliche muttersprachliche Kompetenzen sind ohne Bedeutung. Die Wirkung bilingualer Vokabeln des Unterrichts ist trotz einer Vielzahl von Studien und Analysen bisher nicht geklärt, es scheint aber, wenn überhaupt, keine nennenswerten Effekte zu geben, weder negative noch positive. Auf dem Arbeitsmarkt zählt neben den üblichen Normen wie insbesondere Bildung und Betriebserfahrung so gut wie nur der Zweitspracherwerb. Jedes Defizit darin ist mit geringeren Chancen auf Beschäftigung und Positionseinnahme und Abschlägen beim Einkommen verbunden.“

Und dieser Herr Professor gibt in seinem umfangreichen Werk Empfehlungen in der Integrationsarbeit. Einen damit zusammenhängenden Punkt darf ich noch zitieren, das heißt, er empfiehlt den Verzicht auf Maßnahmen, deren Wirksamkeit bei der strukturellen Integration – das ist die Integration am Arbeitsplatz, in den Institutionen oder sonst wo – trotz langjähriger Bemühungen und zahlreicher Untersuchungen nicht nachzuweisen ist. Und darunter versteht er beispielsweise die mancherorts verstärkten Bemühungen zugunsten eines bilingualen Unterrichtes, wofür eben keine Mittel ausgegeben werden sollten, die dann für wirksamere Maßnahmen nicht mehr zur Verfügung stehen. So weit also etwas zu diesem Thema, meinen Damen und Herren.

Das heißt aber für uns, dass wir uns diese Frage wirklich überlegen sollten. Wenn es vollkommen bedeutungslos ist, ob die Kinder – dabei ist es wahrscheinlich nicht schlecht, wenn sich die Eltern oder Großeltern mit der Vermittlung eines möglichst

breiten Sprachschatzes in der eigenen Sprache beschäftigen – zuerst in der Muttersprache ziemlich perfekt sind, dann frage ich mich doch, wozu es gut sein soll, wenn wir von der öffentlichen Hand so gewaltig viel Geld ausgeben, damit wir in den Schulen und Kindergärten Stützlehrkräfte für die Muttersprache einsetzen können, was allerdings nachgewiesenermaßen überhaupt keinen Effekt hat. Man sollte doch so gescheit sein und auf diese Stützung verzichten, um uns dafür auf andere Dinge konzentrieren zu können.

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder Anträge an den Gemeinderat gestellt, die hier zur Diskussion kamen. Ich erinnere dabei an einen Antrag vom 16. März 2009, der ebenfalls abgelehnt wurde. Es liegt uns daran – nachdem sie sich, Herr Bürgermeister, immer so negativ über unsere Integrationsarbeit äußern – der Öffentlichkeit klar zu machen, was sie alles ablehnen. Es geht also hier nicht einfach darum, dass etwas beschlossen oder nicht beschlossen wird, sondern es geht auch um eine politische Bewertung der jeweiligen Vorgangsweise. Da haben wir also am 16. März 2009 einen Antrag hier eingebracht, und zwar ausgehend von ihrem Vorwurf, Herr Bürgermeister, und zwar dahingehend, dass uns der Bund in den Fragen der Integration etc. im Stich gelassen hätte. Wir wollten also mit einer Resolution den Bund daran erinnern, dass er mehr tun und uns nicht mehr im Stich lassen soll. Darin steht unter Punkt 1 von insgesamt 6 Punkten, die sie alle ablehnten, dass in Zusammenhang mit künftigen Aufenthalts- und Beschäftigungskontingenten Bewohner aus Staaten – wir haben das positiv formuliert – mit christlich europäischem Weltbild vorgezogen werden sollten. Dass das nicht ganz unaktuell ist, sollte vielleicht der ÖVP ein bisschen zu denken geben. Wenn heute der bayrische Ministerpräsident Seehofer in der Presse erklärt, er setze sich für einen Zuwanderungsstopp für Türken und Araber ein – wir haben es hingegen mit dem „christlich-abendländischen Hintergrund“ positiv formuliert – dann sollte uns allen dies zu denken geben. Er sagte: „Es ist doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun. Daraus ziehe ich jedenfalls den Schluss, dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen.“

Und die Frau Bundeskanzlerin Merkel, die ja bekanntermaßen eher dem Gutmenschenkreis zuzuordnen ist, hat sich dann ebenfalls zu dieser Thematik gemeldet, und zwar dahingehend, dass sie Zuwanderer zu mehr Integrationsbereitschaft drängte. Bekanntermaßen ist Merkel eine Protestantin und sagt: „Wer das christliche Menschenbild nicht akzeptiert, ist in Deutschland fehl am Platz.“

Das somit etwas zu einem Thema, das wir vor etwa einem Jahr hier angezogen haben und dem sie nicht zustimmen konnten.

Man sollte unserer Meinung nach gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck bringen, dass es uns nicht weiterhilft, wenn wir Leute nach Österreich hereinlassen, egal wohin – nach Linz, Wien, Wels, Graz oder sonstwo hin – die von vornherein der mangelnden Bereitschaft unterliegen, sich unserer Kultur in irgendeiner Art und Weise anzunähern. Sie werden sehen, dass eines Tages sehr wohl noch kommt, dass die Kenntnis der deutschen Sprache für die Einwanderer oder die ausländischen Beschäftigten Voraussetzung für die Erteilung der Aufenthaltbewilligung ist. Diesbezüglich ist man ja derzeit wirklich äußerst lax. Wenn einer „Guten Tag“ oder „Auf wiedersehen“ sagt, dann darf er hier bleiben.

Dann hätten wir in dieser zitierten Resolution auch ganz gern die „absolute Kontrolle und Überwachung der hiesigen Unterrichts- und Erziehungsstätten“ gehabt, weil auch diesbezüglich Orte zu finden sind, die mit der österreichischen Demokratie nicht immer auf einer Linie sind.

Dann sollte man dem Bund sagen, dass wir ganz gern „eine strenge Überwachung der Integrationsvereinbarungen nach Erteilung von Niederlassungsbewilligungen“ hätten. Auch diesbezüglich wird, wie wir mit Sicherheit wissen, sehr lax vorgegangen.

Weiters schlagen wir in dieser Resolution eine Höchstgrenze für Kinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen in Schulen und Kindergärten vor.

Letztlich war – dagegen haben sie sich ebenfalls ausgesprochen, wobei sie sich darin mit der Meinung der Bevölkerung überhaupt nicht wiederfinden – die strikte Ausweisung und Abschiebung straffälliger Ausländer oder Asylanten vorgesehen.

All diese Dinge hätten wir als FPÖ von der Bundesregierung eingefordert und die Leute sollen sehr wohl wissen, dass sie, die anderen Fraktionen, nicht haben wollen, dass solch eine Resolution an die Bundesregierung weitergeht, damit diese allenfalls derartige Maßnahmen beschließt.

Bereits für die Sitzung des Gemeinderates am 11.12.2008 haben wir einen Antrag betreffend „Integration durch Sport“ eingebracht. Somit hat es Jahre gebraucht, bis jetzt der Präsidial- und Integrationsausschuss eine Zuweisung dieses Antrages an den Sportausschuss durchführte. Wir haben in diesem Antrag genau angeführt, welche Vorteile solch ein Beschluss für die Migranten gehabt hätte.

Vorgeschlagen hätten wir weiters den Einsatz gewisser Mittel für die Noitzmühle und für den Bereich der Straubinger Straße. Dieser Antrag ist seinerzeit im Präsidialausschuss versunken.

Ich meine, dass zumindest ein Mitglied des Stadtsenates Anspruch darauf hätte, zu wissen, wie viele Asylanten sich in Wels befinden. Es ist aber direkt ein Armutszeugnis, wenn nicht einmal sie, Herr Bürgermeister und Herr Referent für Integration, darüber Auskunft erhalten. Abgesehen davon ist es direkt lustig, dass unser Antrag dahingehend, dass sich der Magistrat um Informationen in dieser Richtung bemühen soll – über die Anzahl der Asylanten, deren Herkunft usw. – von ihrer Seite abgelehnt wurde. Das bedeutet also, dass sie das nicht einmal wissen wollen. Die ÖVP hat sich mit diesem Antrag wahrscheinlich zu wenig beschäftigt und bei der Abstimmung der Stimme enthalten, aber die SPÖ und die GRÜNEN wollten das sowieso nicht wissen, das heißt, sie lehnten diesen Antrag ab.

Passiert ist allerdings in den letzten drei Jahren Folgendes. Es wurde eine Integrationsstudie erarbeitet, die ich heute schon zitierte und mit den Bemerkungen des Professor Esser zu den muttersprachlichen Stützkräften ergänzte.

Was haben wir noch beantragt? Ja, wir beantragten in Hinblick auf die Vergabe von finanziellen Zuwendungen der Stadt an Migranten- und Moscheevereine den Abschluss von Integrationsvereinbarungen. Diese Vereinbarungen sollten ihnen auftragen, die österreichischen Gesetze einzuhalten usw. Und die Vereine sollten die Konsequenz zur Kenntnis nehmen, dass sie bei einem Verstoß gegen die Vereinbarung keine finan-

ziellen Zuwendungen mehr bekommen. Und was ist zuletzt im Präsidial- und Integrationsausschuss mit diesem Antrag geschehen? Er wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

So, meine Damen und Herren, gehen sie also um, wenn wir Ideen, Maßnahmen, Forderungen zur Integrationspolitik hier im Welser Gemeinderat vorbringen.

Dann haben wir bereits am 10.03.2005 einen Antrag dahingehend eingebracht, dass maximal 30 % der Kinder einer Pflichtschulklasse nicht ausreichende Deutschkenntnisse haben dürften, ansonsten eben anderweitige organisatorische Maßnahmen zu treffen seien. Dieser Antrag wurde von der SPÖ, der ÖVP und auch von den GRÜNEN abgelehnt. Ein paar Jahre später, kurz vor der Wahl im Jahr 2009, kam dann der Herr Landeshauptmann Pühringer daher und forderte ebenfalls eine Beschränkung der Kinder pro Klasse mit nicht ausreichenden Sprachkenntnissen auf 30 Prozent. Das so weit etwas zur Glaubwürdigkeit ihrer ganzen Position.

Meine Damen und Herren! Sie hätten hier im Gemeinderat schon oft die Gelegenheit gehabt, sehr sinnvolle, praktische Maßnahmen, Forderungen etc. zu beschließen, sie haben sich dem allerdings ständig entzogen. Es finden sich selbst jetzt in diesem Papier, das im Unterausschuss und dann im Präsidial- und Integrationsausschuss vorbereitet wurde, wieder nur im Großen und Ganzen Maßnahmen, von denen man schon in der Vergangenheit die Erfahrung machte, dass sie uns in Sachen Integration nicht wirklich weiterbringen. Sie lehnen immer wieder Dinge ab, die von uns eingefordert werden, obwohl diese mit Sicherheit in der Integrationspolitik von Wels einen anderen Gang bewirken würden. Und so sehen wir halt nicht die geringste Veranlassung, diesem von den anderen Parteien schon vereinbarten Papier die Zustimmung zu geben.

GR. Reindl-Schwaighofer: Nachdem ich ihnen jetzt zuhörte, Herr Vizebürgermeister Dr. Wieser, muss ich sagen, dass ich mir gewünscht hätte, dass sie im eingesetzten Arbeitskreis des Präsidial- und Integrationsausschusses wenigstens einmal so engagiert mit uns diskutiert hätten, wie das jetzt geschehen ist. Ich hätte mir gewünscht, dass sie nicht einfach zur Sitzung kommen, um zu fragen, was denn nun mit „interkultureller Kompetenz“ gemeint sei. Da haben wir dann eine Stunde lang über diesen Begriff diskutiert, sodass sich die Beamtin, die dabei war, sogar veranlasst sah, beim nächsten überarbeiteten Papier eine Fußnote einzufügen, womit dann die offenbar schwer verständlichen Wörter oder Begriffe näher erklärt wurden und wir nicht nochmals in dieser Weise diskutieren mussten. Jedenfalls hatte es den Anschein, als ob das in Zusammenhang mit Integration die wichtigsten Probleme seien.

Mich persönlich – das möchte ich vorausschicken – hat es nicht gewundert, dass die FPÖ letztlich bei diesem Maßnahmenkatalog nicht mitstimmen wollte. Das war auch deutlich an ihrem Arbeitsstil im Arbeitskreis abzulesen. Es gab eigentlich nur ein einziges Thema, bei dem ich mir persönlich dachte, dass sie dabei sind und gern positiv mitdiskutieren möchten. Es handelte sich hier um die Diskussion bezüglich Wohnumfeld und ich muss das direkt würdigen. Alle anderen Themen sind aber von ihnen schludrig abgehandelt worden. Es war also von Anfang an klar, dass sich die Ein-Themen-Partei FPÖ das Thema Integration für die Zukunft nicht wegnehmen lässt. Das war für mich vollkommen logisch, denn würden sie bei diesem Maßnahmenkatalog zustimmen, bedeutete dies, dass sie so wie alle anderen Parteien für Wels Verantwortung übernehmen wollen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den anderen zwei Fraktionen für die konstruktive Arbeit in dieser Arbeitsgruppe bedanken. Wir haben daran wirklich viele Stunden gearbeitet. Ich möchte mich weiters bei Claudia Glössl bedanken, die uns die Unterlagen immer sehr gut aufbereitete. Es war nicht immer leicht, den „Spirit“ der Diskussion einzufangen.

Ich denke mir, dass sich alle Parteien in diesem Papier wiederfinden können. Die Polemik, dass es sich hier um ein Papier der SPÖ handeln würde, hat sowieso kurze Beine, denn jeder, der sich das genauer anschaut, merkt sofort, dass jene, die das behaupten, eigentlich sofort eine lange Nase bekommen müssten.

Wir haben auch nie behauptet, dass alles 100-prozentig vollständig aufgearbeitet wurde. Wir haben nie behauptet, dass es nicht immer wieder Dinge geben könnte, die man neu einfließen lassen sollte. Wir haben auch sehr viele „Best-practice-Modelle“ von anderen Städten angeschaut. Und wir sind fest der Meinung, dass wir ganz aktiv sein müssen, um in diesem Bereich etwas weiterzubringen.

Ich möchte auf ein paar Themen näher eingehen, die jetzt Herr Vizebürgermeister Wieser, um es salopp zu sagen, wie einen Dreckkübel ausschüttete. Unzusammenhängend, empathielos hat er sich mit diesen Dingen auseinandergesetzt und ich möchte jetzt nur ein paar Themen aufgreifen, um deutlich zu machen, was sozusagen dahintersteckt bzw. welche Intentionen es dazu gibt.

Im Wesentlichen geht es darum – das geht auch aus einem Interview hervor, das der heute abwesende Stadtrat Dr. Rabl gegeben hat – dass die ÖVP, die GRÜNEN und die SPÖ nicht dazu bereit waren, Sanktionen einzuführen. In einem Land, das als Rechtsstaat gilt, in einem Land, in dem es ein bürgerliches Gesetzbuch gibt, in einem Land, in welchem es eine Integrationsvereinbarung gibt, in einem Land, in dem auf gesetzlicher Basis agiert wird, braucht man nicht als Kommune noch zusätzlich Sanktionen einzuführen, weil dann geht es in die Richtung – wie sie selbst sagten – dass ich die Leute nur sekkieren, aber nicht aktiv abholen will.

Und wenn sie von den Subventionen für Migranten- und Moscheevereine sprechen – das passt jetzt gut dazu – dann spekulieren sie ja in Wirklichkeit nur mit der Vergesslichkeit der Menschen. Die Deklaration „Ja zu Wels“ gibt es doch schon seit einiger Zeit und es ist das genau der Beitrag der Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt, wenn es darum geht, dass wir gemeinsame Werte formulieren. Diese Werte sind da drinnen formuliert. Man könnte auch sagen, dass damit irgendwo unsere gemeinsamen Spielregeln formuliert werden. Also, alle Behauptungen, die in die Richtung gehen, dass es dies oder jenes nicht gibt, sind wieder so ein Fall für eine lange Nase und es hat das eigentlich nur kurze Beine.

Jetzt komme ich zu dem Punkt betreffend Stellenausschreibungen. Es ist das irgendwo ein Steckenpferd von Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser, sich darüber zu echauffieren, dass womöglich Personen mit Migrationshintergrund stärker im öffentlichen Dienst eingestellt werden. Alle, die sich ein bisschen mit der Materie beschäftigten, wissen, dass es üblich ist, wenn man gewisse Gruppen am Arbeitsmarkt fördern will, bestimmte Formulierungen in den Ausschreibungen zu gebrauchen, etwa jene, dass sich „eine Ausschreibungen ganz speziell an weibliche Personen richtet“. Dabei geht es allerdings nie darum, jemanden außerhalb des Objektivierungsverfahrens irgendwo

durchzuschleusen oder etwas zu tun, das gegen unsere Regeln ist, sondern es geht vielmehr darum, Menschen zu ermuntern, etwas zu tun bzw. sich zu bewerben.

Weiters haben sie von den Broschüren oder unterstützenden Materialien für Menschen gesprochen, die zu uns kommen. Auch über dieses Thema diskutierten wir in der Arbeitsgruppe und wir haben uns darauf verständigt, dass es notwendig ist, Menschen, die neu zu uns kommen, auf diese Art und Weise zu unterstützen, beispielsweise unterstützen wie das Krankenhaus Wels mit Broschüren in mehreren Sprachen, wie das Land Oberösterreich bei verschiedenen Formularen etc. Sie aber postulieren damit stets, dass das verhindert werden soll, wie alles teuer ist bzw. Kosten verursacht werden. Ich sage ihnen jetzt aber ein Beispiel, das genau das Gegenteil verdeutlicht, nämlich das Beispiel mit den niedergelassenen Ärzten. Da gibt es viele Migrantinnen und Migranten, die, wenn sie irgendein Problem haben, sofort in eine Krankenhausambulanz gehen und nicht zum niedergelassenen Arzt, obwohl dieser Arzt sehr viele Dinge oder Krankheiten genauso gut behandeln könnte. Diese Vorgangsweise bringt jedoch volkswirtschaftlich gesehen enorme Kosten mit sich. Und jetzt kann ich mich entscheiden, ob ich mich bemühe, die Migrantinnen und Migranten dort hinzuführen, wo sozusagen das bei uns Gebräuchliche ist oder ob ich einfach gewisse Dinge dahinschieben lasse, vielleicht auch in der Weise, dass sich die Menschen schon die Nase anrennen und damit von selbst lernen werden. Wir haben das jedenfalls so diskutiert, dass wir die Menschen bei der Integration unterstützen und auf sie zugehen wollen.

Ich sagte ihnen schon, dass für mich die Arbeit in der Gruppe eine ziemlich gute Geschichte war. Eigentlich haben wir dort gemeinsam sehr solidarisch diskutiert. Und ich bin auch guten Mutes in der Weise, dass die Ergebnisse der Maßnahmen etc. immer wieder evaluiert werden, beispielsweise in den Jahresberichten, die für mich auch insofern sehr wichtig sind, weil wir darüber gemeinsam diskutieren können. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf das Ergebnis der heutigen Diskussion über den Energy Award verweisen und sage, dass ich die FPÖ nicht ganz abschreibe, das heißt, es könnte auch in Zusammenhang mit der Integration die Lernfähigkeit einsetzen.

Ich möchte mich nochmals für die geleistete Arbeit bei allen Beteiligten bedanken und für heute danke ich für ihre Aufmerksamkeit.

GR. Zaunmüller: Für mich ist bei der Wortmeldung des Herrn Dr. Wieser so der Eindruck entstanden, als dass sich die ÖVP an irgendein Papier, das vielleicht die SPÖ ausarbeitete, kritiklos anhängen würde. Das ist aber definitiv nicht der Fall!

Ich verrate ihnen jedoch kein großes Geheimnis, wenn ich jetzt sage, dass die ÖVP sich bei diesem Maßnahmenkatalog anschließen und heute diesen Maßnahmenkatalog 2010 mit ihrer Stimme unterstützen wird. Dieser stellt aber im Prinzip eine Evaluierung des Maßnahmenkataloges aus dem Jahr 2007 dar.

Ich hatte den Eindruck – dort, wo ich bei irgendwelchen Gesprächen bzw. Beratungen dabei sein durfte – dass das Ganze in einem durchaus konstruktiven Klima abgehandelt wurde. Natürlich sind verschiedene Gegensätze oder Meinungen aneinandergedrallt, aber eine Unwilligkeit oder Ähnliches wäre mir nicht aufgefallen. Dass aber das Ergebnis nicht die ungeteilte Zustimmung findet, dass die FPÖ damit nicht leben kann, das ist im großen Demokratiebogen durchaus legitim; ich verstehe das.

Es handelt sich bei diesem Maßnahmenkatalog 2010 aus unserer Sicht der Dinge um ein Kompromisspapier. Und Kompromisse haben es so an sich, dass man mit seinen eignen Vorstellungen oder Forderungen kaum einmal zu 100 Prozent durchkommt, aber dass doch sehr viel von dem, was man haben möchte und was man sich vorstellt, drinnen ist. Und das ist hier genau der Fall. Wir haben auf einige Teile unserer Forderungen verzichtet, um, wie wir glauben, ein gutes Gesamtkonzept zu erreichen.

Für uns bedeutet dieses Kompromisspapier eine Art Momentaufnahme. Es kann jederzeit evaluiert, nachbearbeitet werden kann und es erfordert vor allem sehr viel an Investitionen in der Zukunft erfordert.

Meine Damen und Herren! Wir verkennen bei allem sicher nicht, dass es in Wels ein mehr oder weniger großes Integrationsproblem gibt. Davon spricht auch der ihnen vorliegende Amtsbericht, wenn auch in einer sozial sehr verträglichen Sprache. Ich darf hierzu aber doch ein paar Anmerkungen treffen, die mir besonders wichtig sind.

Da lese ich: „Schönfärberei und das Verleugnen von Problemen soll keinen Platz mehr finden.“ Nun stelle ich etwas ketzerisch die Frage, war denn das in der Vergangenheit so? Natürlich nicht!

Eine Feststellung finde ich ausgezeichnet, nämlich jene, dass uns nur eine sachlich orientierte Aufarbeitung und eine sachlich orientierte Problemstellung vernünftige Lösungen und somit Wels weiterbringt.

Im Amtsbericht lese ich, dass rund 30 % der Welserinnen und Welser einen Migrationshintergrund haben. Diese Zahl bedarf keines Kommentars; sie spricht für sich. Ein friedliches und konstruktives Zusammenarbeiten ist meiner Meinung nach nur möglich, wenn auch diese 30 Prozent ihren aktiven Integrationsbeitrag leisten. Damit meine ich, dass es um die Öffnung hin zur österreichischen Wertegesellschaft geht und nicht etwa um den Aufbau von Parallelgesellschaften.

Über die deutsche Sprache wird häufig diskutiert bzw. wurde sie auch heute schon des Öfteren in den Mund genommen. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist wohl der Schlüsselfaktor für eine gelungene Integration. Sprachdefizite im Kindergarten oder in der Volksschule haben eine verheerende Auswirkung, ja sie infizieren die Leistungsbereitschaft und das Leistungskalkül der Kinder und Jugendlichen. Hier ist energisch anzusetzen. Eine sprachliche Frühförderung bedeutet den Grundstein für gelungene Integration.

Im Maßnahmenbereich „Jugend und Freizeit“ findet sich das Kapitel „ehrenamtliche MitarbeiterInnen“ für freiwillige Organisationen. Auch hier besteht nach meinem Wissensstand erheblicher Nachholbedarf. Warum sich relativ wenig Jugendliche freiwillig in den Dienst der Organisationen stellen, weiß ich nicht. Auch hier wäre meines Erachtens eine Motivationsmaßnahme dringend notwendig.

Ich komme schon zum vorletzten Punkt. Sehr wichtig ist meiner und unserer Meinung nach die Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Meine Damen und Herren, es heißt ja: Die Zukunft ist weiblich! Aber gerade in diesem sensiblen Bereich besteht unter den 30 Prozent Welserinnen und Welsern mit Migrationshintergrund doch etlicher Nachholbedarf. Darauf muss man sehr wohl hinweisen.

Der Herr Bürgermeister sagte, dass es in diesem Zusammenhang keine Einbahnstraße gibt und dass sowohl auf die Rechte als auch auf die Pflichten hingewiesen werden sollte. Nun, ich meine, dass dieser vorliegende Maßnahmenkatalog ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist. Das Ziel ist noch sehr weit weg und noch mit vielen erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

GR. Bauer: Um auf den Herrn Wieser einzugehen, Folgendes. Sie, Herr Dr. Wieser, behaupten jedes Mal, wenn sie von diesen Dingen sprechen, dass das ein SPÖ-Programm oder ein SPÖ-Maßnahmenkatalog wäre. Das ist aber nicht der Fall. Dieses Papier wurde im überparteilichen Integrationsforum erarbeitet und die Maßnahmen oder Vorschläge wurden in weiterer Folge in allen Parteien diskutiert. Auch sie, die FPÖ-Fraktion, hätten die Möglichkeit gehabt, ihre Vorschläge für Maßnahmen einzubringen, was allerdings nicht der Fall gewesen ist. Sie haben weiters von Papierl'n gesprochen, welche angeblich die ÖVP nicht produziert, die FPÖ aber schon, und das bringt es meines Erachtens sehr genau auf den Punkt. Sie produzieren Papierl'n, sie produzieren Presseaussendungen, aber wenn es um die konstruktive Zusammenarbeit geht, dann ist die FPÖ nicht da und kann sich nicht integrieren, etwa in diesem Unterausschuss, wie ihn der Bürgermeister bezeichnete.

Ich möchte mich bei der SPÖ- und bei der ÖVP-Fraktion bedanken. Die Zusammenarbeit in diesem Unterausschuss mit den eben genannten Fraktionen war sehr konstruktiv, nur mit der FPÖ war praktisch nichts möglich. Dennoch gab es ein paar Punkte, bei welchen sich alle vier Fraktionen einig waren, vor allem betreffend Freiraum. So ging es beispielsweise um die Aktivierung und Attraktivierung der Freizeitanlage Wimpassing. Das ist ein wichtiger Punkt, von dem ich denke, dass er allen Welserrinnen und Welsern zugute kommt. Ebenso wurde vereinbart, dass die Nachbarschaftsgärten in der Siedlung Otto-Loewi-Straße umgesetzt werden, so wie man das ursprünglich vorhatte.

Die Grundrichtung dieses Papiers ist eigentlich jene, dass ein friedliches und konstruktives Miteinander nur dann möglich ist, wenn sich alle in dieser Stadt beteiligen und wenn alle aktiv ihren Beitrag leisten.

Wenn Herr Wieser von Integration spricht, dann meint er eher die Assimilation. Ich glaube, es ist noch immer nicht angekommen, dass die Integration keine Einbahnstraße darstellt, sondern einen wechselseitigen Prozess. In diesem Sinne glaube ich, dass wir ein sehr umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt haben. Es sind sehr viele sinnvolle Maßnahmen in diesem Paket enthalten und ich denke, dass es besonders wichtig ist, diese Maßnahmen möglichst rasch umzusetzen.

GR. Mag. Parzmayr: Wir haben schon gehört, dass das Wichtigste im Bereich der Integration das Erlernen der deutschen Sprache ist. Dieser Hinweis ist auch im vorgelegten Maßnahmenkatalog enthalten. Jetzt stellen sie sich aber Folgendes vor: Es ist Deutschkurs und keiner geht hin. Der Deutschkurs kommt zu niemanden hin bzw. basieren bislang Deutschkurse und alle anderen Maßnahmen nur auf freiwilliger Basis, das heißt, es gibt keine Folgen, wenn diese Angebote nicht angenommen oder nicht absolviert werden.

Die Schaffung eines Anreizsystems für Eltern, um ihnen ihre Verantwortung bewusst zu machen und sie zu motivieren, mit den Kindern Deutsch zu lernen bzw. es den Kindern zu ermöglichen, Deutschkurse zu besuchen – vielleicht auch selbst die deutsche

Sprache gut zu erlernen – finden wir grundsätzlich nicht schlecht, aber dieses System wird immer nur bei jenen greifen, die von vornherein integrationswillig sind. Bei den Integrationsverweigerern – diese gibt es nun einmal auch – werden solche Anreize nicht greifen bzw. werden sie Angebote in dieser Richtung schlichtweg ignorieren. Daraus wird es vermehrt zu Situationen kommen, wo beispielsweise Deutschkurse nach der Hälfte der Dauer abberaumt werden müssen, weil keine Teilnehmer mehr vorhanden sind. So geschehen beispielsweise in der Noitzmühle.

Und wenn weiterhin Formulare und Broschüren wie „Wohin nach der Volksschule“ oder „Wohin nach der Hauptschule“ in mehreren Sprachen aufgelegt bzw. verteilt werden, dann ist das mehr als kontraproduktiv. Wenn nämlich jemand nach Abschluss der Hauptschule nicht einmal eine in Deutsch gehaltene Broschüre lesen kann, dann ist vorher schon im Bildungsbereich einiges schief gegangen. Dazu gibt es einen netten Spruch, der lautet: „Gib einem Hungrigen genug Fisch und er ist satt, lerne ihm zu fischen und er hat immer etwas zu essen. Das lässt sich meines Erachtens gut auf diese Problematik umlegen. Wenn ich nämlich einem Zuwanderer, der die Sprache nicht beherrscht, mit Formularen, Broschüren und Dolmetschern in seiner Muttersprache aus helfe, dann kommt er einen kleinen Schritt weiter. Beherrscht er aber die Sprache, dann ist er auf diese Hilfen nicht mehr angewiesen, er kommt selbst weiter und hat damit in seinem beruflichen und gesellschaftlichen Fortkommen weit bessere Chancen. Und das muss auch im Interesse der Stadt Wels sein.

Wir halten es jedenfalls für notwendig, den Zuwanderern nicht nur Rechte zu gewähren oder einzuräumen, sondern sie genauso in die Pflicht zu nehmen. Und die Missachtung dieser Pflichten sollte auch Folgen haben, indem Sanktionen in den Raum gestellt werden. Das gilt meines Erachtens an erster Stelle für den Besuch der Deutschkurse, vor allem auch für Frauen aus muslimischen Ländern, die zu einem großen Teil überhaupt nicht Deutsch können bzw. die zum Teil die Wohnung gar nicht verlassen dürfen, weil das das Familienoberhaupt nicht erlaubt. Wenn es aber für alle die Verpflichtung darstellt, einen Deutschkurs zu machen, um beispielsweise soziale Hilfen zu bekommen oder vielleicht eine Sozialwohnung, dann müssen auch diese Frauen an Deutschkursen teilnehmen und es wird auf diese Art einen Zugang zum gesellschaftlichen Leben erreicht. Dies führt in weiterer Folge zu einem großen Pluspunkt im Bereich der Integration, denn da werden wahrscheinlich diese Frauen zu Hause mit ihren Kindern deutsch sprechen, weil sie dazu in der Lage sind.

Heute wurden auch schon einige deutsche Politiker zitiert. Es kam ein Zitat der deutschen Bundeskanzlerin und ich habe jetzt ein Zitat vom Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, Mitglied der SPD. Dieser sagte: „Wir haben Millionen Zugewanderte. Mit dem größeren Teil gibt es keine Probleme, mit einem beträchtlichen Teil allerdings schon, und zwar, weil die Integrationsangebote zu gering waren und die Integrationspflichten ebenfalls. Daraus müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden.“ Welche Konsequenzen er meint, das sagte er nicht, aber vielleicht kommt das noch.

An anderer Stelle sagte er: „Es ist doch keine Zwangsgermanisierung, wenn in unseren Schulen, selbst wenn dort 80 Prozent der Schüler ausländischer Herkunft sind, auch in den Pausen deutsch gesprochen werden muss.“

Dann wird es besonders interessant: „Worauf sich alle Menschen, egal woher sie kommen, einlassen müssen, sind das Grundgesetz und unser Rechtssystem. Das reicht

aber nicht, weil es zu abstrakt ist. Ich glaube, dass es keine Integration ohne Assimilation gibt. Man muss sich auf die Lebensverhältnisse in einem Land, in dem man leben will, einlassen. Man wird ja schließlich nicht zum Herkommen gezwungen.“

StR. Kroiß: Es wurde jetzt schon sehr viel gesagt oder argumentiert. Ich möchte auf den Kollegen Reindl-Schwaighofer zurückkommen.

Wenn du sagst, wir sind die Ein-Themen-Partei, dann muss ich dir sarkastisch etwas zurücksagen, womit dieser Vorwurf sicher ins Leere geht. Stell dir vor, wir hätten allein mit diesem Thema zuletzt diese 29 Prozent der Stimmen gemacht, wie viel Stimmen hätten wir bekommen, falls wir uns auch noch anderer Themen wie Sicherheit, Verkehr, Umwelt etc. angenommen hätten? Da säßen wir wahrscheinlich allein hier im Gemeinderat. Also, das ist sicher ein Vorwurf, der ins Leere geht.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das ist ja ein Horrorszenario!

StR. Kroiß: Na ja, er bringt es so!

Und dann taucht immer wieder der Vorwurf auf, wir würden uns der Diskussion bezüglich Integration entziehen. Dieser Vorwurf geht genauso ins Leere. Du sagst, bei einer Zustimmung zu diesem Katalog würden wir uns für die Zukunft unser einziges Thema selbst entziehen, aber das geht ebenfalls ins Leere, denn das ist sicher nicht unser einziges Thema. Ich glaube vielmehr, dass der größte Unterschied in Folgendem besteht: Wir sagen, fordern und fördern, die anderen sagen, fördern und fordern. Das ist halt der große Unterschied und den wollen wir den Leuten vermitteln. Genauso – das wird aber auch von euch gesagt – sprechen wir davon, dass Integration keine Einbahn sein kann. Und warum schreiben wir denn nicht oben drauf, was all diese Projekte, Broschüren etc. kosten? Sagen wir doch den Leuten: Frage nicht, was die Stadt Wels für dich tun kann, sondern frage, was du für die Stadt Wels tun kannst. Damit würden wir den Migranten eindeutig sagen, dass die Stadt Wels nicht alles übernehmen kann, sondern sie selbst sehr viel beitragen müssen. Das können und müssen sie tun. Das ist sozusagen unser Thema und darum können wir dem Ganzen heute nicht zustimmen.

GR. Mag. Lehner: Es sind schon viele Dinge besprochen worden, aber ich möchte doch noch einen neuen Aspekt im Rahmen dieser Diskussion einbringen. Ich möchte nämlich die Migrantenvereine im Zusammenhang mit der Integration stärker in die Pflicht nehmen. In Wels gibt es, wie sie wissen, eine Reihe von Migrantenvereinen, die auch eine sogenannte Integrationsvereinbarung unterschrieben haben. Demzufolge müsste es im Wesentlichen sehr wohl im Interesse dieser Vereine gelegen sein, die Integration ihrer Vereinsmitglieder voranzutreiben. Somit steht für mich die Frage im Raum, warum sich diejenigen, die das Thema vorrangig betrifft, also Migranten, Muslime, nicht selbstständiger einbringen. Es fehlen mir Vorschläge für Maßnahmen seitens dieser Vereine in Bezug auf Integration. Ich kann den jetzigen Zustand eigentlich nur so verstehen, dass die maßgeblichen Vereinsmitglieder, die Vorstände dieser Vereine, gut integrierte Immigranten sind und sich für diese daher das Thema Integration nicht mehr in dem Ausmaß stellt wie für andere. Es müsste aber umso mehr die Aufgabe und Verpflichtung dieser Vereinsvorstände sein, in dieser Richtung mit ihren Vereinen aktiv zu werden.

Manche Kritiker meinen, dass die Migrantenvereine ein Konstruktionsproblem aufweisen. Sie beziehen ihre Existenzberechtigung aus einer Schlechterstellung der Mi-

granten, aus einer Diskriminierung, und haben somit gar kein Interesse daran, dass sich Migranten integrieren, weil diese dann keine Migrantenlobby mehr bräuchten. Diesen Kritikern kann man aber entgegentreten, nämlich durch ein für uns merkbare Engagement der Vorstände dieser Vereine, und zwar in Richtung aktiver Integrationspolitik.

In der vorliegenden Integrationsstudie betreffend die Stadt Wels ist zu lesen, dass bei ca. 30 Prozent der Menschen mit einem Migrationshintergrund die soziale Integrationsbereitschaft schwach ausgeprägt ist. Es wird dieses Verhalten als Segmentation bezeichnet. Das ist eine sehr komplex zu lesende Studie, gespickt mit soziologischen Fremdwörtern. In der Studie sehen wir auch die wichtigsten quantitativ messbaren Ansatzpunkte für die Vereine, nämlich eine Verringerung der Zahl der Integrationsunwilligen. Ich kann mir vorstellen, dass Vereine, die sich im Bemühen um die Integration ihrer Mitglieder besonders hervortun, eine zusätzliche Unterstützung von Seite der Stadt erhalten können.

Bgm. Dr. Koits: Es wurden jetzt in der Diskussion doch einige Themen aufgeworfen, wozu ich eine konkrete Antwort geben möchte. So hat Herr Dr. Wieser das Thema in einer Weise dargestellt, als ob alle, die hierher nach Österreich gezogen oder speziell auch nach Wels gekommen sind, integrationsunwillig wären, dass sie nichts leisten wollen, dass sie nicht Deutsch können und so weiter und so fort. Ich könnte mich jetzt genauso wie er verbreitern, aber das wäre wohl vergebliche Liebesmühe.

Sein Kollege Rabl hat mir persönlich, aber auch in der Öffentlichkeit dargelegt, dass etwa 6 bis 8 % der Zuwanderer Schwierigkeiten machen. Ich sagte immer, dass ich die Zahl derer so etwa auf 10 % einschätze, womit ich sogar über dem lag, was er darlegte. Nehme ich das von der anderen Seite, dann ist festzuhalten, dass etwa 90 % der Zuwanderer einen positiven Beitrag zum Zusammenleben in dieser Stadt leisten. Es hat aber nie jemand geleugnet, dass es mit einem Teil der Zuwanderer – sagen wir jetzt, dass das bis zu 10% sind – gewisse Probleme gibt bzw. ist auch von diesen Menschen ein entsprechender Beitrag zu fordern. Wir sagten zu Beginn, dass für alle die Einhaltung der Gesetze gilt und genauso ist auf die Einhaltung der gesellschaftlichen Umgangsformen unserer westlichen Welt zu achten. Das ist eine Forderung, von der man sicher nicht abweichen kann; das steht für mich außer Zweifel.

Herr Dr. Wieser hat den bayrischen Ministerpräsidenten Seehofer sehr schön zitiert. Leider hat er aber nicht den deutschen Bundespräsidenten Wulff zitiert, der erst vor wenigen Tagen zum Bundespräsident gewählt wurde und der sich ebenfalls zu diesem Thema äußerte, allerdings total konträr. Der Wahrheit halber hätte Dr. Wieser diese Aussagen gegenüberstellen müssen. Es ist somit in Deutschland wie bei uns, nämlich dass es diese und jene Meinung gibt. Selbstverständlich ist in einer Demokratie die Meinungsverschiedenheit zulässig und man kann über verschiedene Meinungen diskutieren.

Bezüglich Integrationsvereinbarung hat ja bereits der Kollege Reindl-Schwaighofer eine Antwort gegeben. Ich glaube, Herr Dr. Wieser hat sich den Inhalt noch gar nicht durchgelesen. Würde er dies getan haben, hätte er all das gar nicht gefunden, was er sozusagen jetzt einforderte. Das reicht von der Einhaltung der Gesetze, der deutschen Sprache, der Gesellschaft etc. bis hin zu verschiedenen Forderungen unsererseits, die uns mehr oder minder selbstverständlich erscheinen. Es steht dort also, was gesellschaftspolitisch dem Grunde nach zu tun ist und was möglich erscheinen muss. Allerdings sollte ihm doch klar sein, dass nicht alles von heute auf morgen klaglos funktio-

nieren kann. Es werden auch sonst diverse Dinge nicht von heute auf morgen funktionieren, wenn man immer wieder so diskutiert, wie das heute Herr Dr. Wieser getan hat.

Vernünftig wäre hingegen eine sachliche Diskussion, wie ich das gerade bei Herrn Magister Lehner feststellte. Da waren immer wieder interessante Ansatzpunkte dabei. Auch bei Herrn Magister Parzmayr fanden sich solch interessante Ansatzpunkte. Es sagt ja niemand, dass man über diverse Dinge nicht reden oder vernünftig diskutieren sollte, nur hätte das letztendlich sachlich und ohne Polemik zu geschehen.

Wenn gesagt wurde – ich weiß jetzt nicht mehr, von wem das vorgebracht wurde – dass kein Geld für das Projekt in der Otto-Loewi-Straße vorhanden sei, dann sage ich von vornherein, dass ich zu diesem Projekt positiv stehe. Aber wenn man nach dreimaligem Nachfragen noch immer keine Kosten bekannt gegeben erhält, wird doch niemand annehmen, dass die Stadt ein Projekt sozusagen ins Niemandsland hinein fördert. Ich warte schon seit Monaten darauf, dass mir jemand sagt, dieses Projekt würde 70.000 oder vielleicht 100.000 Euro kosten, worauf man sicher ganz konkret darüber reden könnte, welchen Anteil der Kosten die Stadt bereit zu übernehmen wäre, um das Projekt entsprechend voranzubringen.

Was die Asylgesetzgebung betrifft, Herr Dr. Wieser, werden sie bei entsprechender Aufmerksamkeit schon festgestellt haben, dass ich bei diesem Thema sogar mit meiner eigenen Partei kritisch umgehe. Und so sagte ich eingangs auch, dass ich mir endlich ein gemeinsames Konzept dieser Bundesregierung erwarte, genauso wie ich mir einfach umzusetzende Gesetze erwarte, Gesetze, für die ich nicht einen Universitätsprofessor brauche, der mir darlegt, wie, wann und wo ich in gewisser Weise vorzugehen habe. Und es werden Gesetze benötigt, die es zulassen, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen. Hätten sie aufgepasst, hätten sie diese meine Ausführungen mitbekommen.

Es gäbe insgesamt noch viel mehr zu sagen. Vielleicht noch etwas zu Herrn Magister Parzmayr und Herrn Dr. Wieser in Bezug auf die Stützkräfte. Ich weiß nicht, was sie konkret darunter verstehen, aber ich verstehe darunter Mitarbeiter in unserem Haus, die in den Kindergärten und Schulen unsere Lehrkräfte oder Mitarbeiter in den Kindergärten entsprechend unterstützen, nämlich beim Erlernen der deutschen Sprache durch die Kinder. Das ist doch Sinn und Zweck des ganzen Einsatzes. Diese Stützkräfte beherrschen auch gewisse Sprachen der Kinder und es ist wohl klar, dass jemand, der teils in der eigenen Sprache, teils in der deutschen Sprache reden kann, die deutsche Sprache früher anzunehmen in der Lage ist, als wenn jemand mit den Kindern spricht, der eben nur Deutsch können und nicht auch die Muttersprache des Kindes.

Der Kollege Kroiß meinte, dass sich die Zuwanderer auch fragen sollten, was sie für die Stadt Wels tun können. Dem ist selbstverständlich beizupflichten, ich würde ihnen aber auch einmal empfehlen, selbst bei den Vereinen vorstellig zu werden. Ich bin mir nämlich nicht sicher, ob von jenen, die sich heute zu Wort meldeten, wenigstens der eine oder andere schon einmal einen kroatischen, einen bosnischen, einen türkischen, einen albanischen Verein besuchte und mit den dortigen Leuten Gespräche führte, um zu erfahren, welche Sorgen es auf der anderen Seite gibt und darzulegen, wie wir gewisse Dinge sehen. Ich weiß nicht, wer sich schon in dieser Weise austauschte, um vielleicht besser begreifen zu können, wo beide Seiten etwas mehr tun könnten. Ich habe das Gefühl, das ist bisher nicht geschehen und die Damen und Herren von einer bestimmten Partei sehen die Dinge oder Probleme immer nur von der Ferne, anstatt

sich vor Ort zu begeben und sich tatsächlich ein Bild zu machen und festzustellen, wie die Wahrheit eigentlich aussieht. Bedauerlicherweise tun sie das nicht!

Der Kollege Magister Lehner sprach davon, dass man die Vereine mehr in die Pflicht nehmen sollte. Genau mit dieser Deklaration „Ja zu Wels“ ist das vorgesehen. Dabei gebe ich zu, dass da und dort noch mehr zu tun ist, also auch von den Vereinen her. Deswegen sage ich ja immer wieder, dass Integration nichts mit einer Einbahn zu tun hat. Vielmehr muss jeder seinen Beitrag dazu leisten, vor allem aber auch jene, die zu uns kommen und hier ein neues Zuhause haben möchten.

Es hat nie jemand bestritten, nicht von Seite der SPÖ oder einer anderen Partei, dass es sehr wohl Probleme gibt. Auf der anderen Seite können Probleme nur gemeinsam gelöst werden, was allerdings dann nicht möglich ist, wenn ich immer nur mit Forderungen, Geboten, Verboten arbeite. Das wissen sie doch aus der eigenen Familie. Wenn ich beispielsweise bei Kindern immer nur mit Geboten oder Verboten arbeite, dann wird das wahrscheinlich nicht den gewünschten positiven Effekt haben. Insgesamt haben wir es also mit einem mühsamen Prozess zu tun. Das ist kein einfacher Weg und niemand, auch nicht der Gemeinderat, kann sich damit von vornherein einen Lorbeerkrantz verdienen. Vielleicht weiß ich das von allen hier herinnen am allerbesten.

Herr Magister Lehner hat irgendwo die Frage aufgeworfen, welche Beiträge die Migrantenvereine leisten. Nun, diese Vereine sind selbstverständlich im Integrationsforum dabei und leisten dort ihre Beiträge. Selbstverständlich bringen sich diese Vereine in die Debatte ein und sagen, was sie selbst zu leisten imstande sind.

Und wenn heute gesagt wurde, dass die Migranten auch verstärkt in diversen Hilfsorganisationen wie der Feuerwehr tätig sein sollten, dann stimme ich dem 100-prozentig zu. Das ist drei Mal zu unterstreichen, nur die Problematik besteht wohl darin, wer hier den ersten Schritt macht. Denken sie bitte ein bisschen darüber nach, wer denn hier den ersten Schritt macht und auf den oder die andere zugeht. Die andere Seite, also jene, die in ein fremdes Land kommen, tun sich bei diesen Dingen viel schwerer. Machen wir von unserer Seite aus den ersten Schritt, dann geht das viel leichter. Wir sehen das speziell beim Roten Kreuz. Da geht es eigentlich relativ leicht, wenn wir die Migranten, speziell die Jungen einladen, bei uns mitzumachen. Wenn wir ihnen sagen, dass sie für uns wichtig sind, dann sind sie dabei. Wir arbeiten gerade an einem solchen Projekt und ich bin davon überzeugt, dass das zum Ziel führen wird, auch in anderen Bereichen.

Jedenfalls möchte ich mit meinen Hinweisen erreichen, dass man nicht immer nur alles aus der Ferne sieht. Bitte, gehen wir alle ins Zentrum, wo die Dinge gelebt werden, wo Probleme gegeben sind und wo man versuchen muss, die Dinge gemeinsam zu lösen.

So kann ich jetzt abschließend Folgendes sagen. Dieses Papier, das uns heute vorliegt, ist kein SPÖ-Papier, kein ÖVP-Papier und auch kein Papier der GRÜNEN. Das konnte es von Anfang an gar nicht sein, weil auch bei einer guten Zusammenarbeit natürlicherweise verschiedene Interessenslagen gegeben sind. Ich hätte mir aber gewünscht, dass die integrative Arbeit der ÖVP (sollte richtigerweise FPÖ heißen) im Präsidial- und Integrationsausschuss intensiver gewesen wäre.

Danke und ich bitte jetzt um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

7.)

Bezirksalten- und Pflegeheim Thalheim;
Kündigung der Vereinbarung zwischen der Stadt und
dem Sozialhilfeverband Wels- Land
SO-SenB-141000-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 14.10.2010:

Die Stadt Wels kündigt die Vereinbarung zwischen der Stadt Wels und dem Sozialhilfeverband Wels-Land, 4600 Wels, Herrengasse 8, vom 15.01.1997, MA 4-PH-1727-1996, zum 31.12.2011.

GR. Zittmayr-Hacker: Obwohl es entgegen den steigenden Bedürfnissen der immer älter werdenden Stadtbevölkerung läuft, verstehen wir den Eigenbedarf des Sozialhilfeverbandes Wels-Land. Somit stimmt die ÖVP-Fraktion diesem vorliegenden Antrag zu.

Diese Vereinbarung zwischen der Stadt Wels und dem Sozialhilfeverband zur Vorsorge im Bereich der Altenpflege war eine richtige und richtungsweisende Entscheidung, es wird jedoch von Seite der ÖVP Wels ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der zu erwartende Rückzahlungsbetrag sehr wohl wieder den pflegebedürftigen Welsern zugute kommen muss und nicht zweckentfremdet werden darf.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichtigung zu Punkt 6. der Tagesordnung:

Bgm. Dr. Koits: Ich muss jetzt eine Berichtigung anbringen, weil ich zuerst gegen Ende des 6. Tagesordnungspunktes einen Versprecher hatte.

Ich sagte zuerst, die integrative Arbeit der ÖVP wäre meines Erachtens zu wenig gewesen, tatsächlich wollte ich dies aber von der FPÖ sagen. Ich habe das übrigens in meiner Wortmeldung ohnehin deutlich zum Ausdruck gebracht.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 404/2.11 (Stadtteil: Neustadt)
BZ-BauR-3710-2010, miterledigt:
BZ-BauR-3711-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 19.10.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 5 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 404/2.11 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

GR. Haböck: Wels ist Schulstadt, Wels ist Bildungsstadt und daran sei noch angeknüpft, dass Wels eine Forschungs- und Innovationsstadt ist. Forschung und Innovation gelten als einzig richtiger Weg, um in einer globalisierten Welt den Anschluss nicht zu verlieren und um als Staat seinen Bürgern den Wohlstand zu erhalten. Damit es aber tatsächlich zu Forschung und Innovation kommt, braucht es zuerst einmal der Bildung. Und diese Bildung erfährt man als junger Mensch hauptsächlich in der Schule.

Wels hat das Glück, tolle Schulen zu haben. Die Gymnasien in der Anton-Bruckner-Straße und in der Wallerer Straße gehören natürlich dazu. In diesen Schulen sind engagierte Lehrerinnen und Lehrer, engagierte Schülerinnen und Schüler tätig, wobei diese Schüler in einem großen Maße aus dem Umland von Wels kommen. Damit man die Lehrinhalte entsprechend gut vermitteln kann, bedarf es natürlich einer optimalen Infrastruktur. Und die Befürworter unterstützen jegliche Investition in die Bildungsinfrastruktur, weil in einem an Bodenschätzen armen Land sind Wissen und Bildung die einzigen Rohstoffe, die es zu fördern gilt. Deshalb unterstützen wir die Sache und stimmen natürlich diesem Antrag zu.

GR. Hoflehner: Dieses Projekt ist grundsätzlich ein tolles Projekt, aber als Neustädter möchte ich sagen, dass mir ein Aspekt besonders wichtig erscheint bzw. müsste daran gearbeitet werden. Eigentlich wäre schon länger Zeit gewesen, daran zu arbeiten. Damit meine ich, dass es gerade in diesem Grätzl, wenn ich es so nennen darf, ein ganz, ganz großes Verkehrsproblem, speziell zu gewissen Tageszeiten gibt.

Ich möchte deshalb den Herrn Verkehrsstadtrat ersuchen, ja auffordern, sich dieses Themas ganz besonders anzunehmen. Dieses verfolgt mich als Neustädter schon viele Jahre hindurch, was mit der Entwicklung des Klinikums Wels-Grieskirchen zusammenhängt, mit der Entstehung bzw. der Ansiedlung der tollen HBLA und jetzt auch wieder mit dem Ausbau der Gymnasien. Aber auch mit der Hauptschule 5, Neustadt, gibt es einen Zusammenhang, die ja die größte Hauptschule in Wels ist.

Wie ich schon sagte, richtet sich mein dringendes Ersuchen dahin, sich der Verkehrsproblematik so anzunehmen, dass auf der Grundlage dieser ganzen Entwicklungen eine Lösung für die Menschen gefunden wird, die einerseits tagtäglich ihrer Profession nachgehen oder die täglich eine Schule besuchen und die andererseits in diesem Bereich wohnen, die Menschen in der Mozartstraße, in der Flurgasse, Anton-Bruckner-Straße und auch nördlich der Römerstraße. Das wäre also mein Ersuchen zu diesem Tagesordnungspunkt.

StR. Kroiß: Lieber Klaus! Als Ur-Neustädter – ich habe dort ca. 30 Jahre gewohnt – kenne ich natürlich diverse Abläufe etc. in der Neustadt schon von klein auf. Ich bin jetzt als Verkehrsreferent fast täglich mit diversen Problemen befasst. Das Problem in der Neustadt ist einerseits das Parkproblem und das zweite Problem ist ganz einfach im Durchfahren über gewisse Straßen zu sehen. Wir haben dort das Klinikum, die ganzen Schulbauten, die dazu gekommen sind oder vergrößert werden und es gibt auch Betriebe in diesem Bereich.

Bei den Schulen ergibt sich ein zusätzliches Problem. Früher kamen die Kinder bis hin zur Matura nicht mit dem eigenen Auto, heute fahren aber bereits 17-jährige mit dem Auto zur Schule und somit haben wir ein weiteres Problem.

Das Parkproblem ist insgesamt sehr schwer zu lösen, weil ja die Leute letztlich immer mehr ausweichen. Wenn ich beispielsweise in der „Straße A“ eine Kurzparkzone installiere, kommt morgen die „Straße B“ mit einem solchen Wunsch und übermorgen die „Straße C“, womit wir dann lauter Kurzparkzonen hätten, aber die Leute wollen in der Neustadt sicher nicht lauter Kurzparkzonen.

Das zweite Problem ist das Durchfahrtsproblem. Wenn ich die Straßen in Bezug auf den Gegenverkehr so ausräume, dass die Leute mit ihren Autos wunderbar durchfahren können, erhöhe ich zum Ersten die gefahrenen Geschwindigkeiten und zweitens kann aufgrund dieser Situation gar keiner mehr parken.

Du kannst mir glauben, dass wir dieses Thema sehr oft im Verkehrsausschuss haben. Der Kollege Buttinger wird mir da sicher zustimmen, ebenso der Kollege Pernkopf. Das Parkproblem in der Neustadt ist praktisch zum Dauerthema bei unseren Gesprächen geworden und ich kann dir versichern, dass es bei mir in den besten Händen ist.

StR. Lehner: Auf den ruhenden Verkehr wurde natürlich Rücksicht genommen. Bei der Erweiterung der Schulgebäude wird also den gesetzlichen Anforderungen Rechnung getragen. Parkplätze für die Schulen sind im ausreichenden und erforderlichen Ausmaß vorhanden. Ein wichtiges Thema ist aber sicherlich die Erschließung durch den öffentlichen Verkehr. Ich denke mir, dass es gerade für diesen Bereich noch die eine oder andere Möglichkeit zu zukunftsweisenden Verbesserungen gibt. Insgesamt ist aber, wie ich mir denke, diese Bebauung für den Bildungsstandort Wels sehr, sehr wichtig.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 411/2.5 (Stadtteil Neustadt)
BZ-BauR-3709-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 19.10.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 6 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 411/2.5 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Wirtschaftsberatungs- und Ansiedelungsgesellschaft Wels GmbH (WBA);
Auflösung der Gesellschaft nach § 95 GmbH-G
FD-BetM-8-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 19.10.2010:

Die als Anlage 7 beigefügte Vereinbarung, abzuschließen zwischen der Wirtschaftsberatungs- und Ansiedelungsgesellschaft Wels GmbH und der Stadt Wels, über die Auflösung der Wirtschaftsberatungs- und Ansiedelungsgesellschaft Wels GmbH gemäß § 95 GmbH-Gesetz und die beiliegende Erklärung der Stadt Wels gemäß § 95 (2) GmbH-Gesetz über die übernommenen Verpflichtungen werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Andrea Bauer

11.)

Initiativantrag aller Gemeinderatsfraktionen betreffend
ÖBB-Verbindung zwischen Linz und Graz (Resolution an die Bundesregierung)
DI-Verf-305-2010

GR. Bauer: Es freut mich sehr, dass nach Linz, Traun, Steyr, Vöcklabruck, Neuhofen an der Krems und dem Oberösterreichischen Landtag nun auch in Wels diese Resolution an die Bundesregierung beschlossen wird. Es ist nämlich der falsche Weg, so wie das jetzt passieren soll, die direkte Verbindung zwischen Linz und Graz zu streichen. Ganz im Gegenteil braucht es eigentlich einer Adaptierung der Strecke. Die direkte Verbindung muss aufrecht erhalten und die Strecke beschleunigt werden, um so die Fahrzeit auf maximal 2,5 Stunden verringern zu können. So wie es jetzt ist, braucht man von Wels nach Graz 4 Stunden oder noch länger, weil man auch umsteigen muss.

Vor allem Pendlerinnen und Pendler sowie in Graz Studierende sind von der Auflassung der Direktverbindung zwischen Linz und Graz betroffen. In der Vorwoche haben die GRÜNEN Oberösterreichs gemeinsam mit den ORF-Report einen Lokalausweis gemacht und betroffene Pendlerinnen und Pendler befragt, die von der Einstellung dieser Direktverbindung betroffen sind. Diese sehen es genauso wie wir. Wenn wir den Klima- und Umweltschutz ernst nehmen, braucht es einer zunehmenden Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Die Einstellung von Direktverbindungen auf der Schiene zwischen der zweit- und der drittgrößten Stadt Österreichs ist hier der völlig falsche Weg.

Daher beantragen wir die Aufrechterhaltung der direkten ÖBB-Verbindung zwischen Linz und Graz, eine Attraktivierung und Beschleunigung der Bahnstrecke zwischen Linz und Graz mit Verringerung der Fahrzeit um eine Stunde, und auf EU-Ebene das Schmieden grenzüberschreitender Allianzen, um eine Aufnahme der gesamten Bahnstrecke Prag-Linz-Graz-Koper in die Förderliste für transeuropäische Netze zu erreichen.

GR. Pernkopf: Vorweg möchte ich anregen, bei der nächsten Sitzung das Wohlfühlklima um ein oder zwei Grade zu erhöhen, denn heute ist es hier herinnen relativ frisch. Ich weiß nicht, wie das die anderen Mitglieder des Gemeinderates sehen oder empfinden, aber hier im Saal ist es ziemlich kühl.

Zum gemeinsamen Antrag aller Gemeinderatsfraktionen betreffend Resolution an die Bundesregierung darf ich ihnen sagen, dass diese Beschlussfassung einer Resolution aus der Sicht der ÖVP Wels ebenfalls dringend notwendig ist. Die wichtige Nord-Süd-Achse der ÖBB zwischen Linz und Graz hat aus der Sicht der Welser Bevölkerung eine zentrale Aufgabe im Bereich des öffentlichen Verkehrs. International gesehen ist diese Strecke von Prag in Tschechien nach Koper in Slowenien wesentlich als Verbindung zum Mittelmeer. Jahrelang haben es die ÖBB bzw. deren Verantwortliche verabsäumt, die Pyhrnstrecke modern auszubauen und dadurch wurde dieser Streckenabschnitt in einen Dornröschenschlaf versetzt. Eines ist sicher: Wenn nicht bald und mit Nachdruck an dieser wichtigen Transitachse der ÖBB gearbeitet wird, kann es sein, dass es damit im Gegensatz zum Märchen leider schlecht ausgeht.

Aus Klima- bzw. aus Umweltschutzgründen ist zwischen der zweit- und der drittgrößten Stadt in Österreich und damit auch für den Ballungsraum Wels-Linz auf der Schiene eine Attraktivierung höchst notwendig. Man hat es von Wels aus gesehen geschafft, die Pyhrn-Autobahn besonders gut oder attraktiv auszubauen, aber genauso wäre dies für die Bahn erforderlich.

Wir von der Welser ÖVP unterstützen daher diese gemeinsame Resolution mit voller Kraft und werden auch unseren Abgeordneten zum Europäischen Parlament, den Paul Rübiger, in die Pflicht nehmen und um Unterstützung ersuchen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es ist das eine sehr unterstützenswerte Initiative. Es könnte auch gar nicht sein, dass wir zwar auf der einen Seite die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene fordern und damit eine Zunahme des öffentlichen Verkehrs, dann aber womöglich solche Initiativen nicht unterstützen.

Heutzutage gibt es auch immer stärkere Diskussionen in Hinblick auf die Stilllegung von Nebenbahnen und ich denke mir, wir müssten viel offensiver herangehen und zukunfts-trächtigere Konzepte einfordern.

So glaube ich, dass diese Initiative, zwischen dem oberösterreichischen und dem steirischen Großraum weiter eine attraktive Verbindung auf der Schiene zu haben, eine ganz wichtige ist und darum bedanke ich mich dafür.

Der Initiativantrag (Anlage 8) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Abschließend stellt der Bürgermeister fest, dass es keine Eingabe in Bezug auf die Bürgerfragestunde gibt und erklärt mit Dank für die Diskussion diese Sitzung des Gemeinderates für geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schritfführer: